

»Teile Europas sind zu einer richtigen Festung geworden«

Rita Süßmuth über die Unvermeidbarkeit von Migration und die Notwendigkeit politischen Umdenkens

Rund drei Prozent der Bevölkerung weltweit sind MigrantInnen. Daran wird sich in absehbarer Zukunft nichts ändern. Sie gehören zur Globalisierung, keine Grenze kann sie dauerhaft abhalten. Es ist also besser, sich daran zu gewöhnen und Maßnahmen zu entwickeln, die Win-win-Situationen für Herkunfts-, Aufnahmeland und MigrantInnen gleichermaßen im Auge haben. Dies empfiehlt die ehemalige Bundestagspräsidentin und Integrationsexpertin Rita Süßmuth in ihrem gerade erschienenen Buch *Migration und Integration: Testfall für unsere Gesellschaft*.

FrauenRat: Wie ist es dazu gekommen, dass Migration und Integration zum Mittelpunkt Ihrer Arbeit wurden?

Rita Süßmuth: Ich bin über die Frauenpolitik zur Migration gekommen. Vieles, was ich bei den Frauen habe wahrnehmen gelernt, funktioniert bei Migranten und Migrantinnen strukturell und individuell ähnlich, nämlich Einbeziehung und Ausgrenzung. Das ist mein roter Faden. Wie bei den Frauen geht es auch bei den Migranten und Migrantinnen um die Menschenrechte. An Konventionen fehlt es nicht, aber von der Umsetzung sind wir noch weit entfernt. Und es gibt Bereiche, in denen ein hohes Maß an Schutzlosigkeit besteht. So genießen Irreguläre, also Menschen, die illegal einwandern, auch grundlegende Menschenrechte. Hier werden sie aber behandelt, als hätten sie keine.

Sie waren Mitglied der von Kofi Annan eingesetzten »Weltkommission für Migration«. In diesem neunzehnköpfigen Gremium saßen sieben Frauen, u.a. Nafis Sadik, ehemalige Leiterin des UN-Bevölkerungsfonds, und Mary Robinson, ehemalige UN-Menschenrechtskommissarin. Hatte dies einen Einfluss auf die Arbeit der Kommission?

Einen sehr starken, aber es waren nicht wir Frauen allein, die den Menschenrechtsansatz vertreten haben. Vielmehr gab es einen Konflikt zwischen denjenigen mit einem sehr pragmatischen ökonomistischen Ansatz und denjenigen, die sehr prinzipiell von der Menschenrechtsbasis ausgingen. Der Bericht kommt immer wieder auf diesen Grundsatz zurück: »principles based«. Wir haben auch noch einmal deutlich gemacht, dass das Prinzip der Menschenrechte sich nicht auf den Bereich der Freiheitsrechte beschränkt, sondern auch die Sozialrechte miteinschließt. Dies hat eine sehr hohe Bedeutung für die Frage, wie wir mit Migranten und Migrantinnen in den Aufnahmeländern umgehen.

Fünfundzwanzig Prozent der Migranten weltweit sind heute Frauen, in manchen Ländern sogar mehr. Frauen schicken mehr Geld zurück in ihre Heimat. Also bei der Frage der Integration, der Bildung da war das Gender Mainstreaming völlig integriert, das wussten auch die Männer, dass sie das aufnehmen mussten.

Stimmt, die Leistungen der Arbeitsmigrantinnen für ihre Heimatländer werden im Bericht deutlich hervorgehoben. Aber es wäre wünschenswert gewesen, die geschlechtsspezifischen Unter-

schiede bei der Migration deutlicher herauszuarbeiten. Zum Beispiel, was es bedeutet, wenn eine Philippina nach Saudi-Arabien geht, um Geld zu verdienen, gleichzeitig aber dafür sorgen muss, dass eine Tante oder eine Großmutter sich um ihre drei Kinder kümmert, die sie zurücklassen musste.

Aber das haben wir ausdrücklich aufgenommen, was bei solchen Trennungen passiert. Das Problem haben wir ja bereits hier mit den Pflegerinnen aus Polen, oder denken Sie an China, da sehen die Wanderarbeiterinnen ihre Familien oft zwei oder mehr Jahre nicht. Das sind unmögliche Menschenrechtsverhältnisse und immense Schäden für die menschlichen Beziehungen. Das ist die negative Seite der Globalisierung. Da geht es gar nicht um politisch Verfolgte, oder um Katastrophen oder Bürgerkriege, sondern schlicht um Armut. Sie wird weltweit immer bedeutsamer für die erzwungene Auswanderung, die »forced migration«. Die Menschen haben gar nicht mehr die freie Wahl, soll ich bleiben oder gehen? Daher muss die erzwungene Migration abgebaut werden, um die freiwillige zu ermöglichen. Aber wir tun das genaue Gegenteil, Teile Europas sind zu einer richtigen Festung geworden.

Was haben Sie in dieser UN-Kommission gelernt für unsere Verhältnisse hier?

Immens viel. Zum Beispiel, dass andere Länder mit einer viel größeren Zahl von Flüchtlingen leben. Pakistan etwa nimmt jährlich über eine Million auf. In Deutschland hingegen haben wir derzeit die geringsten Flüchtlingszahlen seit Anfang der Neunzigerjahre. Damals hatten wir bis zu 650.000 Bürgerkriegsflüchtlinge, 2005 stellten noch 29.000 Menschen einen Asylantrag. Davon haben 1,5 Prozent eine Anerkennung und drei Prozent eine Duldung erhalten. Von einer »völligen Überfremdung« kann also keine Rede sein. Hinzu kommt, dass im vergangenen Jahr mehr Menschen aus Deutschland aus- als eingewandert sind.

Das andere, was ich gelernt habe, ist, dass es nicht stimmt, was wir so stereotyp behaupten: Dass diese Menschen nur hierher kommen, um unser Sozialsystem auszunutzen. Die Armut in den Herkunftsländern ist zum Teil unvorstellbar. Manche Regionen, zum Beispiel die Subsahara, sind aber so arm, da bekommt selbst ein ganzes Dorf nicht das Geld zusammen, um einen losschicken zu können, nach Europa oder USA oder wohin auch immer. Überhaupt kommen ja nur die Besten, auf ihnen lastet die Erwartung der Daheimgebliebenen, dass sie ihnen zumindest die Grundversorgung bringen, vielleicht auch Schulbildung für die Kinder. Die können sich zu Hause nicht mehr sehen lassen, wenn sie mit leeren Händen zurückkommen.

Ich sehe diese irregulären Migranten heute völlig anders. Dahinter steht ein furchtbares menschliches Schicksal bei den meisten, und natürlich fallen sie oft in die Hände der organisierten Kriminalität. Aber wie sollen sie es sonst auch schaffen? Der Vorschlag, den vor kurzem Schäuble und Sarkozy [der deutsche und der französische Innenminister – Anm. d. R.] gemacht haben, nämlich eine temporäre, auf fünf Jahre begrenzte Zuwanderung zu erlauben, ist eine vernünftige Lösung. Denn wenn wir nirgendwo den Zuwanderungskanal

öffnen, dann wird die Zahl der Irregulären anwachsen.

Die zeitliche Begrenzung hat doch schon nicht funktioniert bei den ArbeitsmigrantInnen der Sechziger- und Siebzigerjahre.

Natürlich liegen darin Probleme. Aber was ist die Alternative? Entweder eine bestimmte Anzahl von Temporären, die erfasst sind, hier arbeiten, Steuern zahlen, ihr Leben führen, oder eine hohe Zahl von kaum erfassbaren Irregulären. Allein in Deutschland sollen je nach Schätzungen zwischen 500.000 und einer Million Menschen ohne Aufenthaltsstatus leben. Die EU steht unter Handlungsdruck, scharfe Grenzkontrollen sind eine unzulängliche Antwort.

Nehmen wir das Beispiel Spanien. Das Land ist sehr kritisiert worden wegen seiner jüngsten Migrationspolitik. Aber immerhin hat es Maßnahmen ergriffen, die auf mehreren Ebenen ansetzen. Einerseits wurden die bereits länger im Land lebenden und arbeitenden Irregulären regularisiert. Da haben die Kritiker natürlich gleich gesagt, das schafft einen Sogeffekt, da kommen mehr. Das ist auch passiert. Spanien hat aber gleichzeitig auch Verträge mit einer Reihe dieser Länder geschlossen über eine Aufnahme auf Zeit, und es hat außerdem einen Entwicklungsplan für Westafrika ausgearbeitet. Und das ist genau das, was wir im internationalen Bereich brauchen: ein Bündel von Maßnahmen. Bei uns steht aber nur eine im Vordergrund: schärfere Grenzkontrollen, um irreguläre Zuwanderung zu vermeiden. Dass dies auf Grenzen stößt, können wir zum Beispiel von der mexikanisch-amerikanischen Grenze lernen. Ein Drittel der 33 Millionen Einwanderer in den USA sind Irreguläre. Wer in einer Notlage ist, lässt nichts unversucht und bezahlt es ja auch zum Teil mit seinem Leben, um in das andere Land zu kommen.

Was also schlagen Sie vor?

Wenn wir den Druck nicht noch weiter erhöhen wollen, müssen wir



Rita Süßmuth

Prof. Dr. Dr. h.c., war von 1985 bis 1987 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, 1987 wurde ihr Ministerium um das Ressort Frauen erweitert. Von 1988 bis 1998 war sie Bundestagspräsidentin. 2000 leitete sie die von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzte »Unabhängige Kommission zur Vorbereitung eines neuen Zuwanderungsgesetzes«; sie war Vorsitzende des »Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration« sowie Mitglied der »Weltkommission für Migration«, die 2005 ihren Bericht UN-Generalsekretär Kofi Annan vorlegte. Seit 2006 ist sie Vorsitzende der »EU Hochrangigen Beratungsgruppe für Integration von benachteiligten ethnischen Minderheiten in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt«. Außerdem ist sie von der Bundesregierung beauftragt, in Istanbul eine deutsch-türkische Universität aufzubauen.



Rita Süßmuth: Migration und Integration: Testfall für unsere Gesellschaft. Deutscher Taschenbuchverlag (dtv), München 2006, 239 S., 14 Euro

mehrere Maßnahmen gleichzeitig ergreifen: Entwicklungspolitik, eine gesteuerte Zuwanderung, also eine Öffnung. Das könnte der temporäre Ansatz sein, der muss natürlich quotiert und vor allem europäisch sein. Denn wir haben ja jetzt wieder erlebt, als Spanien Hilfe erwartete von der EU, weil es das allein nicht mehr schultern konnte, da hieß es: Ihr seid selber schuld, hättet ihr nicht reguliert, wäre das nicht passiert. Aber die Mittelmeer-Anrainerstaaten, Italien hat es ja genauso heftig erlebt, stehen vor einem wirklichen Dilemma: Sollen sie die Menschen, die in den Booten kommen, retten oder sich selbst überlassen? Ich behaupte nicht, dass wir schon die Lösung hätten, aber mehrdimensionale sind allemal besser.

Wir sollten auch die Wut nicht unterschätzen, die sich in Teilen Afrikas immer stärker gegen Europa zusammenbraut. Wir wären nicht in dieser Situation, wenn Europa uns da nicht reingebracht hätte, so lautet die Aussage. Die Chinesen und Inder kommen im Augenblick viel besser weg, obwohl sie, und die Amerikaner im Übrigen auch, gerade die zweite »Kolonialisierung« Afrikas vornehmen. Dieser Kontinent wird erneut in Bezug auf seine Rohstoffe ausgebeu-

tet. Das führt zu Unmut und Aggression in gewissen Kreisen dieser Länder, und wenn wir diesen Druck wenigstens abbauen wollen, müssen wir uns dieses Kontinents annehmen, damit Entwicklung in Gang kommt vor Ort.

Ich versetze mich inzwischen weit mehr in die Lage auch der Herkunftsländer, das ist ein weiterer wesentlicher Lernertrag, den ich mitgebracht habe. Wir haben die Migranten immer nur als unproduktive Gruppen gesehen, wir haben nie wahrgenommen, welche ungeheuren Arbeitsleistungen sie bei uns erbracht haben, wir sehen ständig nur diejenigen, die keine Arbeit haben, eine Situation, die wir ja zum Teil erheblich durch die Arbeitsverbote herbeigeführt haben. Und ich finde es sehr wichtig, gegen diese verbreitete Meinung, die Migranten belasteten nur unser soziales Sicherungssystem vorzugehen. Die große Mehrheit von ihnen will arbeiten und nicht von Sozialhilfe leben.

Ist die Integration bei uns gescheitert?

Nein. Natürlich hat die Tatsache, dass wir offiziell kein Einwanderungsland sind, erhebliche Konsequenzen für die Integration von Migranten und

Migrantinnen gehabt. Auch, dass wir in der Auseinandersetzung um das Zuwanderungsgesetz immer nur den Blick auf die Nichtintegrierten geworfen haben. Dabei sind über zwei Drittel gut oder sehr gut integriert. Und ein Land wie Deutschland kann es sich gar nicht leisten, über zwanzig Prozent seiner jungen Generation die Zukunftschancen vorzuenthalten. Tatsächlich hat die Zivilgesellschaft seit den Sechzigerjahren viel geleistet für das Zusammenleben mit Migranten und Migrantinnen. Dass diese in vielen Bereichen nicht zum Zuge gekommen sind, lag weniger an der Bevölkerung als an nicht getroffenen politischen Entscheidungen. Es ist aber inzwischen viel an Veränderung erfolgt, und mir ist wichtig, dass wir nicht von Scheitern sprechen, wenn wir jetzt erst mit der systematischen Integration anfangen. Die Nachfrage nach Integrationskursen ist groß, Erfolge in Kindergärten und Schulen zeichnen sich ab.

Was ist für Sie der Schlüssel für Integration?

Bildung, Arbeit und Partizipation, vor allem Wertschätzung.

Mit Rita Süßmuth sprachen Inge v. Bönninghausen und Ulrike Helwerth.



Interkultureller Frauengarten in Kassel